

Stimmen zur grünen Wirtschaft

Als Klimaforscher und Mitglied des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, Weltklimarat) ist es für mich frustrierend, dass einige der wichtigsten Erkenntnisse der IPCC-Berichte in der Debatte über die Initiative für eine grüne Wirtschaft ausgeblendet werden. Erstens ist die Initiative nicht ehrgeiziger als das Ziel von Paris, die globale Erwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen – ein Ziel, das die Schweizer Regierung unterstützt. Das 2-Grad-Ziel erfordert eine Reduktion der globalen CO₂-Emissionen um mindestens 80 Prozent bis zum Jahr 2050. Für die Umsetzung der Initiative ist die gleiche Zielsetzung für die Schweiz nötig.

Zweitens ist klar, dass dieses Ziel durch technologischen Wandel im Energiebereich zu erreichen ist, wenn fossile Brennstoffe durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Das muss weder zu höheren Energiepreisen führen, noch müssen negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum oder ein Einfluss auf unseren Lebensstil befürchtet werden – obwohl Veränderungen in unserem Konsumverhalten aus anderen Gründen durchaus wünschbar sein mögen. Wenn wir innerhalb der natürlichen Grenzen des Planeten haushalten wollen, braucht es einen Auftrag an und eine langfristige Zielsetzung für Politik und Wirtschaft. Mit der Initiative für eine grüne Wirtschaft wird genau das sichergestellt.

Tony Patt, Zürich
Professor für Klimaschutz und -anpassung, ETH Zürich

Ja, ich gebe ehrlich zu, dass die definierten Ziele der Initiative «Grüne Wirtschaft» auch für mich absolut erstrebenswert sind. Jeder von uns sollte grosses Interesse daran haben, dass unser ökologischer Fussabdruck hochgerechnet auf die Weltbevölkerung eine Erde nicht überschreitet. Ebenfalls klar ist jedoch, dass dieses Ziel nicht ohne einschneidende Vorschriften bereits im Jahr 2050 erreicht werden kann – Vorschriften, welche den Werkplatz Schweiz, unseren Wohlstand und die Lebensqualität massiv bedrohen würden. Mehrere Industriebetriebe würden gezwungen sein, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, um im bereits hart umkämpften Markt die Wettbewerbsfähigkeit nicht vollständig zu verlieren. Sagen wir am 25. September 2016 Nein zur wirtschaftsfeindlichen Initiative «Grüne Wirtschaft».

Markus Dietschi, Selzach
Präsident BDP Kt. Solothurn, Kantonsrat

Eigentlich leuchtet es allen ein, dass es mit dem Wachstum und dem Ressourcenverbrauch nicht weitergehen kann wie bisher. Wenn wir nicht endlich Massnahmen ergreifen, damit kommende Generationen auch noch gesunde Lebensbedingungen vorfinden, dann dürfen wir künftig nicht mehr über unsere Verhältnisse leben und den Planeten plündern. Dagegen sind alle Wenn und Aber seitens der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsverbände gegenüber der Initiative «Grüne Wirtschaft» gegenstandslos. Sie führen einfach dazu, dass die Probleme von politisch unverantwortlichen Leuten weiter hinausgeschoben werden, dadurch immer dringlicher werden und irgendwann nicht mehr zu lösen sind. Wir haben also keine Wahl, wir müssen handeln. Ob die Massnahmen, die zu treffen sind, zeitlich noch reichen, wissen wir nicht; und ob die ange-

setzten Ziele realistisch sind, wird sich zeigen, wenn wir jetzt unverzüglich unsere Politik darauf ausrichten und nicht schon von vornherein resignieren. Bis ins Jahr 2050 ist noch reichlich Zeit, und die bisherigen Errungenschaften zeigen auf, dass wir zuversichtlich sein können, mindestens einen grossen Schritt für eine effiziente Umweltpolitik tun zu können. Die Ängste, dass dabei unsere Lebensqualität beeinträchtigt wird, sind unbegründet. Allerdings werden andere, dauerhafte Güter und Werte mehr Bedeutung erlangen und an die Stelle ausschliesslich materieller Wachstumsziele treten. «Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch», heisst es bei Hölderlin. Aber nur, wenn wir die Zeichen der Zeit erkennen und, von ihnen herausgefordert, jetzt entschlossen handeln.

Peter Schmid, Frauenfeld

Die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» will uns Bürgern eine Zwangsjacke verpassen. Besser ist es, wenn wir weiterhin auf freiwillige Massnahmen setzen, mit denen bis anhin in unserem Land wesentliche Verbesserungen im Umweltbereich erzielt werden konnten. Diese Tatsache bestätigen nicht zuletzt internationale Rankings, wie zum Beispiel der «Decoupling Report» des Uno-Umweltschutzprogramms (Unep) von 2011 oder die Nachhaltigkeits-Rankings des WEF von 2013 und 2014, aber auch die entsprechenden Ausführungen des Bundesrats. Dieser schreibt: «Die Unternehmen übernehmen in ihrem eigenen Interesse bereits heute Verantwortung für eine grüne Wirtschaft, und zahlreiche Unternehmen haben grosse Leistungen hinsichtlich Ressourcen-, Rohstoff- und Energieeffizienz erbracht.»

Gerhard Fischer, Meiringen
SVP-Grossrat

Es gibt kaum ein wichtigeres Anliegen, als den Erhalt unserer Lebensgrundlage, nämlich eine intakte Umwelt, in der Verfassung zu verankern. Jeder Geschäftsmann weiss, dass es keine perfekten Messgrössen gibt und er trotzdem solche definieren muss, um seine Ziele zu erreichen. Der ökologische Fussabdruck ist eine gut durchdachte und solide recherchierte Grösse, die sich ideal für eine dringend notwendige Zielgrösse eignet. In der Vorlage steht nichts, das uns daran hindert, diese Messgrösse laufend zu verbessern oder noch andere Grössen zu berücksichtigen. Ohne konkrete Ziele gleicht unsere Reise in die Zukunft einem Flug mit einem blinden Kapitän, der nicht einmal weiss, wohin er fliegen soll.

Die Kritik dieser Vorlage beschränkt sich auf Angstmacherei über aufgezogene Vorschriften und hohe Kosten. Kennen Sie Vorlagen, die je zu Zwangsmassnahmen geführt haben, vielleicht die Alpeninitiative, der Atomausstieg oder die Masseneinwanderungsinitiative? Sie können getrost für diese Initiative stimmen, nichts Extremes wird passieren. Vielleicht gelingt es uns längerfristig, Geld zu sparen, in einer gesünderen Umwelt zu leben und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Hansruedi Zulliger, Uetikon am See

Erstaunlich, wie die Befürworter unserer anerkannterweise innovativ und effizient geführten Wirtschaft heute behaupten, dass das Ziel einer effizienten, nachhaltigen und ressourcenschonenden Wirtschaft innerhalb von über dreissig Jahren nicht erreichbar sei. Wer dies sagt, will schlicht keine Veränderungen. Alles soll weitergehen wie bisher. Arbeitskräfte werden im Ausland rekruiert.

Innovation ist zufällig, lässt sich nicht fördern. Effizienz ist nur im Verhältnis Finanzaufwand zu Ertrag gefragt. Nachhaltig soll nur mein Einkommen sein, wie es zustande kommt, ist egal.

Mir und meinen Enkeln ist dies nicht egal. Daher stimme ich Ja zur Volksinitiative für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft. Denn wer beim Aufbruch zu neuen Zielen zögert, wird nie vorankommen. Lenkungsmaßnahmen scheinen bei so viel Unwillen notwendig zu sein.

Claude Ruedin, Männedorf

Wahlen in Bananien

Die mittlerweile zahlreichen Wahlen zum Bundespräsidenten laufen in Österreich so ab, dass hochbezahlte Beamte diese in den Sand setzen – nun bereits zum zweiten Mal. Der Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer regt jetzt an, auf die Briefwahl zu verzichten. Zwar handelt es sich dabei um demokratisches Fundamentalrecht, aber das kümmert ihn nicht. Wählern, die sich wegen sich öffnender Wahlkuverts an das Ministerium wandten, wurde geraten, selbstklebend Hand anzulegen, obwohl dieser Vorgang ungesetzlich ist. Das Verfassungsgericht seinerseits legt das Wahlrecht so aus, dass künftig jede Wahl leicht angefochten werden kann. Seit Wochen ist das Amt des Präsidenten vakant, und alles läuft in diesem Land so (schlecht) wie bis anhin. Wie wäre es damit, sich die Schweiz als Vorbild zu nehmen? Wenn für dieses hochentwickelte Land eine präsidiale Symbolfigur reicht, dann wohl auch für Österreich. Allerdings ohne zum Teil präfaschistische Vollmachten und ohne ein Gehalt, das über jenem des amerikanischen Präsidenten liegt, wie bisher gehabt. Wie formulierte André Heller schon in den achtziger Jahren so treffend: Österreich, das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

Manfred Ambach, A-Salzburg

Warum so kompliziert?

Die Schweiz als laizistischer Staat sollte die seit Jahren eingeschlagene Richtung der konsequenten Trennung von Kirche und Staat weiterverfolgen, das heisst, Religion ist Privatsache. Entsprechend tragen wir im öffentlichen Raum weder die Religions- noch die Konfessionszugehörigkeit vor uns her. Ausgenommen sind die Berufstätigen wie Seelsorger und Ordensangehörige und Gläubige auf dem Wege zum Gottesdienst. Wenn wir das verinnerlicht, wäre einiges einfacher. Warum können die Schulen keine Kleiderordnung (nicht Uniform) vorschreiben, inbegriffen das Turn- und Schwimmtenue? Dies im Zeichen der Gleichstellung. Vergessen wir nie, die kulturellen Massstäbe selber zu setzen und sie uns nicht vorschreiben zu lassen. Und als Leitmotiv, an Elisabeth Badinter angelehnt: Ob Frauen verhüllt, Männer mit Kopfbedeckung oder eben ohne einkaufen gehen, ist dem Herrgott wahrscheinlich ziemlich egal.

Isabelle Wanner, Baden

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

WAS LÄUFT FALSCH?

Treuhänder als Teil der KMU-Wirtschaft

Gastkommentar

von ROBERT E. GUBLER

Nicht nur im Zuge der gegenwärtigen Diskussion um eine KMU-taugliche eingeschränkte Revision im Aktienrecht stellt sich die Frage nach der Rolle des Treuhänders in der KMU-geprägten schweizerischen Volkswirtschaft. Umwälzungen durch die zunehmende Digitalisierung im Rechnungs- und Finanzwesen akzentuieren die Aufgabe des Treuhänders als Berater und Begleiter der Unternehmer. Nicht Distanz, sondern enge Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Treuhänder bzw. Revisor ist gefragt. KMU werden in naher Zukunft kaum mehr eigene Ressourcen für Administration und Rechnungswesen bereitstellen müssen. Vielmehr werden die Aufgaben künftig nahezu vollständig elektronisch abgewickelt, und die Funktion des CFO (Chief Finance Officer) wird an den Treuhänder ausgelagert. Doch der Gesetzgeber und die Branchenaufsicht sind noch nicht in der digitalen Welt angekommen. Wenn es um die Aufsicht über die Revisoren in der Treuhandbranche geht, werden der eingeschränkten Revision Schritt um Schritt Bestimmungen der sogenannten ordentlichen Revision für die grossen, börsenkotierten Gesellschaften übergestülpt. Vermeintlich sollen Bestimmungen über Schulung, Mengennachweis über Revisions- und Prüfungsmandate sowie Unabhängigkeitsbestimmungen die Unternehmen zu besseren Resultaten führen.

Während die Entwicklung in der Digitalisierung der Wirtschaft, besonders in der KMU-Wirtschaft, eine enge Vernetzung der speziellen Branchenkompetenzen der Unternehmensleitung und der Treuhand- und Finanzführung erfordert, gehen die Aufsichtsbehörden eher der Frage nach, wie es um die Beziehung zwischen Treuhändern und ihren Revisoren steht. Die gleiche Behörde bestätigt zwar, dass die Dienstleistungen für Treuhand und Revision

Die KMU verlangen seit Jahren, dass die behördlichen Auflagen reduziert und nicht ständig erhöht werden.

aus einer Hand statthaft seien, erlässt aber gleichzeitig Regularien, die dazu führen, dass der Klein- oder Mittelbetrieb nicht mit einem Treuhänder seines Vertrauens, sondern gleich mit mehreren Treuhändern oder Revisoren zu geschäften hätte. Die eingeschränkte Revision wird dadurch zur teuren jährlichen Übung für KMU, ohne einen Mehrwert zu generieren.

In der digitalisierten Dienstleistungswelt werden die buchhalterischen Belege elektronisch erfasst und weitestgehend auch automatisch verbucht. Nur in wenigen Fällen braucht es noch den persönlichen Entscheid des Experten. Der Treuhänder von morgen steht seinen Kunden vornehmlich als Unternehmensberater und fachtechnischer Unterstützer in Finanzfragen zur Seite. Einmal pro Jahr soll der Betrieb nach den Regeln der eingeschränkten Revision gründlich, aber ohne administrativen Zusatzballast, durchgecheckt werden. Es wäre sogar wünschbar und wichtig, dass der Revisor nicht nur die heute übliche negative Aussage, «nichts Unkorrektes gefunden zu haben», abgibt, sondern explizit gegenüber den Eigentümern des KMU eine konkrete Aussage mit Annahmehinweis oder Ablehnungsempfehlung zur Jahresrechnung unterbreitet. Auch aus diesem Blickwinkel ist eine enge Mandatsbeziehung zwischen KMU und Treuhänder/Revisor nicht ein Problem, sondern die Lösung. Profunde Kenntnis und Nähe machen aus erfolgreichen KMU auch sichere.

Dank einem parlamentarischen Vorstoss sollen die spezifischen Stellen im Aktienrecht überdacht werden. Die KMU in der Schweiz verlangen seit Jahren – mit wenig Erfolg –, dass die behördlichen Auflagen reduziert und nicht ständig mit neuen Regularien erhöht werden. Stets betonen Parlament und Bundesrat, dass es an Projekten zur gezielten Entlastung der KMU von administrativen Auflagen und Kosten fehle. Schlägt man solche aber vor, scheinen die guten Absichten schnell vergessen. Gerade Parlamentarier, die den zunehmenden Aktionismus der Verwaltung beklagen, verzichten im konkreten Fall häufig darauf, ihren eigenen Absichten Nachachtung zu verschaffen.

Robert E. Gubler ist GL-Mitglied von Treuhand Suisse, Vorstandsmitglied SGV sowie Gründer und Partner der Communicators Zürich AG.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 237. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:

Eric Gujer

Chefredaktorin Neue Produkte:

Anita Zietlina

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünfelder

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andreas Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Slinger, Christian Weisflog, Daniel Steimorth

Schweiz: Simon Gemperli (stv. Ressortleiter a. i.), Claudia Baer, Paul Schneeberger, Daniel Gerny, Simon Gemperli, Frank Sieber, Marcel Amrein, Marc Trübelhorn, Simon Hellli

Bundeshaus: Heidi Gimaz, Christof Forster, Jan Flückiger

Bundesrichte: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiofii, Thomas Fuster, Christin Severini, Nicole Rüttli Rauber, Andrea Martel Fus, Claudia Aebersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansruedi Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlehner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer

Feuilleton: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Barbara Williger Heilig, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribli, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan

Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner

Sport: Einar Wagner, Flurin Clalaina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Anja Knabenhans, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigiger, Susanna Eilner

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Henning Steier, Helga Rietz

Wochenende: Colette Gradwohl, Susanna Müller

Nachrichtenredaktion: Anja Grünfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Russerheitz

Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer, Fotografen:

Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produk-**

tion / Layout: Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Yvonne Betschen.

Archiv: Ruth Häner. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara

Maria Minzo. **Projekte:** André Mierz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:**

Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ Folio:** Daniel Weber.

NZZ TV / Format: Silvia Fleck. **NZZ Campus:** Peer Teuwsen.

NZZ Geschichte: Peer Teuwsen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch,

Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. +41 44 258 10 00,

E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11,

CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70,

E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1,

CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 675 Fr.

(12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr.

(6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate),

166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag

digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler

Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3

Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler

Ausgaben: 793 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239

Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnement-

preise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2016

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu

diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik-

unternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2016

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 119 956 Ex. (Wemf 2015)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen

Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Spei-

cherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung

durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentliche

Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen

Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestat-

ten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustim-

mung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG